- Strafsachen wegen Entwendung und Verderbenlassen von Brot, Getreide und Broterzeugnissen¹²,
- Notzuchtverbrechen¹³,
- Verletzung der Sicherheitsvorschriften im Verkehr und Transport^{14 15},
- die Strafpraxis bei besonders schweren Verbrechen¹³,
- Straftaten wegen ungesetzlicher Herstellung und Verbreitung von Narkotika und anderen stark wirkenden und giftigen Stoffen¹⁶.

Zur letzten Deliktgruppe wies das Plenum des Obersten Gerichts darauf hin, daß diese Strafsachen zwar nicht häufig Vorkommen, jedoch von größerer Gesellschaftswidrigkeit sind, als in einer Anzahl von Entscheidungen der Gerichte angenommen wird. Die Art und Weise sowie der Zweck der ungesetzlichen Herstellung und Verbreitung der Narkotika müßten gewürdigt werden. Notwendig sei auch die Zusammenarbeit mit den zuständigen Organen des Gesundheitswesens.

Die *Bedeutung des Strafverfahrensrechts* für die exakte Feststellung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und für den Schutz der Rechte der Bürger wurde in verschiedenen Plenartagungen hervorgehoben. Insbesondere befaßte sich das Plenum mit Strafverfahren, bei denen Schadenersatzanträge vorliegen¹⁷, und mit der Tätigkeit der Gerichte zweiter Instanz bei der Verwirklichung des Plenarbeschlusses des Obersten Gerichts der UdSSR über die strenge Beachtung der Gesetzlichkeit in Strafverfahren¹⁸. Fragen der Mitwirkung der Werktätigen in Strafsachen, darunter auch die Tätigkeit der Schöffen, wurden bei den bereits genannten Themen mit behandelt.

Das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR beschäftigte sich auch mit der *Praxis bei der Übergabe von Verfahren an die Kameradschaftsgerichte*¹⁹. Dabei wurde festgestellt, daß einerseits einige Gerichte geringfügige Strafverletzungen, wie z. B. leichtes rowdyhaftes Ver-

halten, noch nicht an die Kameradschaftsgerichte übergeben, während andererseits manche Gerichte solche Sachen übergeben, die nicht für die Beratung vor gesellschaftlichen Rechtspflegeorganen geeignet sind. Davon ausgehend, legte das Plenum fest, daß bei der Übergabe der Charakter der Tat, die Person des Rechtsverletzers und die Motive sorgfältiger einzuschätzen sind, ohne der Entscheidung des Kameradschaftsgerichts vorzugreifen. Gleichzeitig müssen die Gerichte den Kameradschaftsgerichten helfen, den Kampf gegen Rechtsverletzungen wirksamer zu führen, und zwar unter differenzierter Mitwirkung von Werktätigen. Das Plenum verlangte, daß die Gerichte eine genaue Übersicht über die übergebenen Sachen und die Ergebnisse der Beratungen der Kameradschaftsgerichte haben müßten. Schließlich wurden die Gerichte verpflichtet, über bestimmte Fragen aus der Tätigkeit der Kameradschaftsgerichte den Exekutivkomitees der örtlichen Sowjets zu berichten.

Fragen des Zivil-, Familien- und Arbeitsrechts

Auf dem Gebiet des Zivilrechts beschäftigte sich das Plenum des Obersten Gerichts vor allem mit wohnungsrechtlichen Problemen²⁰. Insbesondere werden neue gesetzliche Bestimmungen und Fragen ihrer praktischen Anwendung erläutert.

Im Familienrecht ging es u. a. darum, die Rechtsprechung hinsichtlich der Unterhaltsforderungen von Kindern zu verbessern²¹. Ferner setzte sich das Plenum mit Fragen auseinander, die sich aus der erhöhten Verantwortung der Rayongerichte für Eheverfahren ergeben²².

Zur Verbesserung der Arbeitsrechtsprechung widmete sich das Plenum des Obersten Gerichts der UdSSR in außerordentlich gründlicher Weise den Klagen auf Wiederherstellung des Arbeitsrechtsverhältnisses von Bürgern, deren Entlassung die Gewerkschaftsorgane nicht zugestimmt hatten²³. In einer weiteren Plenartagung wurde analysiert, wie die Gerichte die Klagen von Erfindern und Rationalisatoren behandeln²⁴. Dabei wurde auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung gerade dieser Art von Arbeitsrechtsstreitigkeiten orientiert.

12 Bulletin 1964, Heft 1, S. 4.

13 Bulletin 1964, Heft 3, S. 10 u. 18 ff.

14 Bulletin 1965, Heft 3, S. 4 u. 10 ff.

15 Bulletin 1965, Heft 6, S. 5.

16 Bulletin 1966, Heft 2, S. 8 u. 11 ff.

17 Bulletin 1964, Heft 3, S. 11 u. 13 ff.

18 Bulletin 1965, Heft 4, S. 3 bis 5.

19 Bulletin 1965, Heft 3, S. 4 u. 7 ff.

20 Bulletin 1964, Heft 3, S. 10 u. 22 ff., 1967, Heft 2, S. 8 u. 16 ff.

21 Bulletin 1964, Heft 4, S. 5.

22 Bulletin 1966, Heft 1, S. 10 u. 16/17.

23 Bulletin 1964, Heft 4, S. 3/4 u. 10/11.

24 Bulletin 1966, Heft 6, S. 8.

Ttügen da* SasatzcfabyH6f

Dr. KARL-HEINZ BEYER, Dozent am Institut für Strafrecht an der Karl-Marx-Vniversität Leipzig

Ergebnisse der Diskussion über den StPO-Entwurf

Der über 370 Paragraphen umfassende Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung¹ wurde in den vergangenen Monaten innerhalb der Rechtspflege- und Sicherheitsorgane gründlich diskutiert. Über 1600 Vorschläge zur Änderung und Ergänzung dieses Entwurfs kennzeichnen den Umfang und auch die Qualität dieser Diskussion.

Die Diskussion

- bestätigte die Richtigkeit der Konzeption des Gesetzentwurfs;
- führte zu Vorschlägen zur Ergänzung und Änderung von über 180 Paragraphen;

- förderte die Auseinandersetzung über die weitere Verbesserung der Tätigkeit der Organe der Strafrechtspflege;
- gab wesentliche Hinweise für Qualifizierungsmaßnahmen und
- zeigte die Notwendigkeit einer verstärkten wissenschaftlichen Bearbeitung der theoretischen Grundfragen des Strafverfahrensrechts.

Im folgenden soll zu den wichtigsten Änderungsvorschlägen und zu einigen Problemen Stellung genommen werden, über die in der „Neuen Justiz“ diskutiert worden ist bzw. die für die weitere theoretische Auseinandersetzung bedeutungsvoll sind.

1 Vgl. Beyer / Schindler, „Hauptprobleme des Entwurfs der neuen Strafprozeßordnung“, NJ 1967 S. 126.